

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 31 • 37. Jahrgang

Berlin, den 1. August 1931

Planmäßige Wirtschaftsführung das Gebot der Stunde

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Österreich und anderen Ländern lassen mit aller Schärfe die Bräutigamkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war mode geworden, über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeit einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauscht, um zu zeigen, daß das sogenannte marxistische System gründlich verjagt habe. Obwohl der Marxismus mit allerlei Dingen gar nichts zu tun hat, wurde er für alles verantwortl. gemacht. Das war nur möglich, weil die große Masse weder vom Marxismus noch von der Wirtschaft etwas versteht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben und über den grünen Klee gelobt. Die Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Schnittpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Versten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich ansetzt.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allem Dingen die bei der **Arbeitslosen-Vollkammer** und bei der **Danabank** bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen **Kreditanstalt** hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditbeziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die **Darmstädter und Nationalbank** von diesem allgemeinen Mißtrauen so erschüttert würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der **Danabank** hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den prächtigen Bankpalästen in der City der Großstädte ehrfurchtsvoll vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach **Sombart**

„die Geneser der modernen Volkswirtschaft herrscht, begeben sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entschluß über Leben und Sterben zu holen“.

So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, und derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Österreich sowohl wie in Deutschland muß die Öffentlichkeit mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der **Danabank** ist die **Schröder-Bank** in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Es mag als eine Tragik erscheinen, daß gerade diese beiden Bankinstitute zusammenbrechen, in denen noch so etwas wie ein verantwortl. Unernehmlich erweist sich hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stützen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des **Frankfurter Versicherungskonzerns**, der **Hugenbergschen Ostbank** für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über die Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß Institute ins Wanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoß. Das Bürgertum sieht vor einem Rätsel. Wir, die wir niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts Außergewöhnliches. Es obliegt uns aber, daraus die

notigen Schlüsse zu ziehen. Eine Erscheinung gilt es zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu trachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft verlagert. Man nennt dies eine Sozialisierung der Pleite oder des Defizits. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzuspringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrekturbedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsentfaltung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse **Naphthali** hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich folgende Forderungen aufgestellt: **Gründliche Reform des Aktienrechts**, **Verwirklichung einer Aktiengesetzreform**, die geeignet ist, die **Wirtschaftsbedingungen zu bessern**. Damit muß eine **Verstärkung der Verantwortlichkeit** und der **Regelpflichten** von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der **Pflichtrevisionen** durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die **Publizitätsvorschriften** bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch

die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Beschlüsse von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennenzulernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstitution notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich bzw. die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der **Danabank** oder bei der **Schröder-Bank** nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Keim zu ersticken, muß eine **Bankaufsicht** und eine **Überwachung der Kapitalentfaltung** als dringendes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein **Reichsaufsichtsamt** überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsbearbeitung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt.

Der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung muß also dahin gehen, die staatliche Einflusnahme auf die Wirtschaft in ein musterergültiges System zu bringen. Von unten nach oben muß eine **systematische Durchführung der Wirtschaftskontrolle** und der **Wirtschaftsaufsicht** erfolgen. An die Stelle der **Wirtschaftsautokratie** muß die **Wirtschaftsdemokratie** treten. Die Gewerkschaften weisen hier den Weg, der beschritten werden kann, um solche Vertrauensfragen, wie wir sie erleben konnten, und unter denen die Arbeiterschaft so sehr gelitten hat, für immer zu verhüten.

Arbeiter wollen Junkerfnichte werden

Zum Volksentscheid in Preußen

Haß macht bekanntlich blind, und was sich die kommunistisch eingestellten Arbeiter schon in ihrem blinden Haß gegen die Gewerkschaften geleistet haben, konnte wohl kaum noch überboten werden. Das nahm man bisher jedenfalls an. Wir müssen uns berichtigen. Die Anhänger **Moskaus** haben in den letzten Tagen bewiesen, daß sie in ihrer Verbendung gegen sozialdemokratische Arbeiter zu jeder Dummheit bereit sind, selbst wenn sie sich selbst und der Arbeiterschaft damit den größten Schaden zufügen.

Die Herren **Hitler**, **Hugenberg**, **Seldte** usw. haben zu einem Volksbegehren für Auflösung des Preussischen Landtages aufgerufen, am 9. August wird Volksentscheid sein. Wir haben es gar nicht nötig, unseren Mitgliedern zu sagen, wer die genannten Herren sind und was sie mit dem Volksentscheid bezwecken. Das weiß jeder organisierte Arbeiter und jede Arbeiterin. Man sollte annehmen, die Kommunisten wüßten das auch und würden die Gesellschaft dieser Herren von **Hakenkreuz** und **Schwarzweißrot** wie die Pest meiden. Sie haben nämlich alle Urfade dazu, denn nicht wenige von ihnen haben bei Begegnungen mit **Hakenkreuzlerhorden** schweren Schaden an Leben und Gesundheit genommen. Der Kommunist **Schwenk** fand im Preussischen Landtag treffende Worte zu diesem „Volksbegehren“. Er fragte dort unter dem Beifall seiner Parteifreunde: „Wer steht hinter diesem Volksbegehren? **Hugenberg** und das übrige **Großkapital**, die ebenfalls das **fascistische Regime** aufrichten wollen. Dieses **Volksbegehren der Nazis** hat nur das Ziel, die **Wutbürgerchaft der fascistischen Diktatur** aufzurichten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) **Wir lehnen es deshalb ab, diesen Volksbetrug mitzumachen.**“

Wir wissen keinen Arbeiter, der diesen Ausführungen nicht beistimmen würde und müßte, eine glatte Selbst-

verständlichkeit diese Ablehnung, sich an dem Volksbegehren und damit an dem Volksentscheid zu beteiligen. Es ist durchaus richtig, was die „Rote Fahne“ am 10. April ihren Lesern zurief:

„**Kein Werttätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenspekulanten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren!**“

Doch nun mit einem Male ist die Leitung der **KPD** anderer Meinung geworden, und wir glauben erst, nicht richtig zu sein, als das Parteiblatt der Kommunisten ihre Anhänger zu einem „**Roten Volksentscheid**“ aufrief. Jetzt soll der Volksentscheid also kein Volksbetrug mehr sein, und die **Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis** und des **Stahlhelms** sind zu Bundesgenossen der kommunistischen Arbeiter geworden, mit denen man gemeinsame Sache macht. Das begreife, wer will, wir können da nicht mit. Ist es denn überhaupt denkbar, daß **Klassenbewusste Arbeiter** den **Hugenberg**, **Hitler**, **Seldte** und **Mißberg** Hilfsdienste leisten, diesen **Todsünden** der Arbeiterschaft und des werttätigen Volkes! Die kommunistische Leitung muß den Verstand verloren haben, wenn sie glaubt, daß Arbeiter ihre Stimme für die erlauchten **Junker**, **Königlichen Hoheiten** und **Majestäten**, für **Grafen**, **Barone** und **Generale**, die ihre Pensionen beziehen und auf die Arbeiter schimpfen, abgeben. Das bekommen trotz ihrer Verbendung sogar kommunistische Arbeiter nicht fertig, und freigezwungenschaftlich organisierte erst recht nicht. Beim **Volksentscheid** am 9. August bleiben unsere Kollegen und Kolleginnen zu Hause, und wenn es die letzten Herren der **KPD** nicht aushalten, mögen sie allein zur **Urne** gehen, die **Nazis** werden es ihnen danken, die **Arbeiterschaft** allerdings auch.

Kampffrohe Jugend

Und das ist unser gutes Recht;
Wir stürzen das Alte, was morsch und schlecht,
Und laden ob eurer Befehle.
Denn was eure Sattheit für recht ermißt,
Für uns noch lange nicht heilig ist,
Daß der Hunger es nicht verleihe.

Und weiß die eure uns nicht gefällt,
Drum bauen wir selber uns eine Welt
Und schaffen uns eigene Götter.
Wie Frühlingsturm brausen wir in den Tag;
Nag fallen und kürzen, was fallen mag,
In dem welterlösenden Wetter.

Und graut euch vor eurem Untergang,
Nun so großt nicht lang, so schnell nicht lang,
So stellt euch mit uns zum Gefechte!
Heraus mit den Schwertern des Geistes, heraus!
So streckt im tobenden Geistersturm
Um eure vermoderten Rechte.

Ein Artikel („Jugend heraus!“) Arbeiterjugend-Verlag, Berlin.

Arbeiterjugend in Not!

Von Otto Herrmann (Dortmund).

Arbeiterjugend, das ist heute mehr denn je ein Begriff, der die ungeheure Mehrheit der deutschen Jugend überhaupt einschließt. Die meisten Eltern sehen sich gezwungen, ihre Kinder nach dem Verlassen der Volksschule einer Erwerbstätigkeit zuzuführen. Mehr als 50 Proz. der jugendlichen Bevölkerung im Alter von 14 bis 21 Jahren stehen gegenwärtig im Erwerbsleben und sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft gegen Entgelt zu verkaufen. Sofern sich überhaupt Käufer finden. Denn von der allgemeinen Erwerbslosigkeit ist auch die jugendliche Arbeiterschaft ungewöhnlich stark betroffen worden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen auf mindestens 1,2 bis 1,5 Millionen oder 20 bis 25 Proz. aller Erwerbslosen veranschlagt, denn bereits im Jahr 1926 wurden unter insgesamt 1,6 Millionen Erwerbslosen 272 000 oder 17 Proz. Jugendliche gezählt.

Diese Zahlen sprechen für sich; sie sind eine ernste Warnung! Man bedenke: in einer Lebensperiode, in der der Jugendliche sich daran gewöhnen muß, in seinem und im Interesse des Ganzen regelmäßig zu arbeiten, in der er berufliches Können und Wissen systematisch erlernen muß, in der er allmählich mit der ernsteren Gefinnung und der Lebenssicherheit des gereifteren Menschen erfüllt werden soll, in dieser wichtigsten aller Lebensperioden sind zahllose Hunderttausende von Jugendlichen dazu verurteilt, ein unütziges und als unnütz empfundenenes Leben zu führen. Sie sind in Gefahr, arbeitslos zu werden, weil sie der notwendigen Gewöhnung an die Arbeit ermangeln; sie langweilen sich, während sie lernen müßten; sie werden dem Ganzen gegenüber verantwortungslos, weil sie keine Verantwortung tragen oder weil sie glauben, daß man sie selbst unverantwortlich behandle; sie werden hilflos und unselbständig, weil sie die unergiebliche Volksschule der Arbeit nicht durchlaufen und von Minderwertigkeitsgefühlen vorzeitig zermürbt werden. Große Teile einer ganzen Generation drohen für die Allgemeinheit wertlos, wenn nicht sogar in späteren Jahren gefährlich zu werden. Hinzu kommt bitterste Not an Nahrung und Kleidung. Das Elternhaus kann seine Jugendlichen im Falle der Arbeitslosigkeit nicht mehr vor spürbaren Entbehrungen bewahren, weil die Arbeitslosigkeit fast allenthalben ihre gramvollen Trenchen eingegraben hat. Hunger und Verklumpung zieht heute ein, wo früher vielleicht nur erträgliche Einschränkungen notwendig waren.

Es muß und muß gelingen, diese Jugend wieder in das Meer der Schaffenden einzureihen, denn das ist die einzige Rettung. Der Privatkapitalismus erweist sich als unfähig, diese Aufgabe zu lösen. Er benutzt die Schwächung der Arbeiterklasse durch die Arbeitslosigkeit lediglich dazu, die Löhne zu senken; dagegen hält er den rettenden Weg über die Verkürzung der Arbeitszeit versperrt. Er überbürdet unsere Jugend mit so schweren Sorgen und Nöten, daß selbst gereifte Männer und Frauen darunter zusammenbrechen könnten. In den wertvollsten Jahren ihrer Entwicklung, wo Licht und Freude für ein gelundes Wachstum ebenso notwendig sind wie Speise und Trank, pflastert er ihren Lebensweg mit unerträglicher, dunkelster Not. Damit begibt er sich des Rechtes, von dieser Jugend geduldet zu werden. Was er von ihr fordern darf ist Kampf, schärfster Kampf. Nicht den erfolglosen und die Interessen der arbeitenden Klasse gefährdenden Verzweiflungskampf der Straße, sondern den zielsicheren, zähen Kampf, der den Gegner mit unwiderstehlicher Allmächtigkeit in den Abgrund zwingt. Diese Jugend in Not hat die heiligste Pflicht, mit uns zu kämpfen, für ihre Lebensrechte. In diesem Kampf wird ihre Zukunft geschmiedet; in diesem Kampf wird um die Entscheidung gerungen, ob ihre ferneren Lebenswege an den Rand oder in die Mitte des sozialen Kreises führen. Gähnende Hoffnungslosigkeit oder Zukunftsglück; abseits von uns oder mit uns vereint, das ist die große, zukunfts schwere Entscheidung, die diese unsere Jugend zu treffen hat.

Die Jugendarbeit unserer Organisation

Obwohl die nachstehenden Ausführungen eines jungen Kollegen keine neuen Vorschläge enthalten, sich auch mit der Ansicht des Verbandstages in Köln zur Jugendfrage nicht voll bedien, geben wir ihnen doch Raum, da uns jede Äußerung aus diesen Mitgliederkreisen willkommen ist, die ernsthaft zu dieser Frage Stellung nimmt.

Mit Freude werden die jungen Kolleginnen und Kollegen die Jugendarbeiten in der „Solidarität“ verfolgt haben. Wird doch hier einem Bedürfnis der Jugend Rechnung getragen.

Schon des öfteren wurde über die Jugendarbeit in unserer Organisation gesprochen und geschrieben. Im Interesse eines gesunden Nachwuchses des Funktionärkörpers innerhalb des Verbandes halte ich es für erforderlich, in kürzeren Zeitabschnitten zu der Jugendarbeit innerhalb der Organisation Stellung zu nehmen. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, ist es notwendig, daß die Jugendkollegen und -kolleginnen sich mehr wie bisher an der Ausgestaltung der „Solidarität“ beteiligen und der Redaktion mit Rat zur Seite stehen.

Warum Jugendarbeit in unserem Verbands? Bei oberflächlicher Betrachtung wird man leicht zur Verneinung und Ablehnung besonderer Jugendgruppen kommen. Besonders oft findet man diese Einstellung bei einem Teil der älteren Kollegen. Man begründet seine ablehnende Haltung mit einer Zerspaltung der Kräfte. Trotz dieser Einwendungen halte ich die Förderung der Jugendarbeit in unserer Organisation für dringend notwendig.

Im die Jugendarbeit in unserem Verbands ist mit anderen Voraussetzungen heranzugehen als bei den Jugendgruppen geleiteter Berufsverbände. Das Bindeglied dieser Gruppen ist die gemeinsame Berufsausbildung. Wir haben es bei uns mit angeleiteten und unangeleiteten Hilfskräften zu tun. Schon aus dieser Tatsache müssen wir mit anderen Mitteln arbeiten, um unsere jugendlichen Kolleginnen und Kollegen für unsere Arbeit zu interessieren. Hinzu tritt noch die Tatsache, daß der jüngere und ältere Kollege die gleichen Rechte und Pflichten im Verbands hat.

Bei der Jugendarbeit sind wir vor allen Dingen auf die Mitarbeit der älteren Kollegen und Kolleginnen im Betriebe angewiesen. Werden die jungen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben als Kameraden behandelt und auf die Jugendgruppe in der Organisation aufmerksam gemacht, so dürfte es nicht so schwer sein, diese jungen Menschen zusammenzufassen. Aufgabe der Jugendarbeit ist es, im Laufe der Zeit aus diesen „Kollegen“ und „Kolleginnen“ tüchtige Gewerkschafter zu machen. Wir sind uns bewußt, daß dies eine schwere aber lohnende Arbeit ist. Im Anfang der Jugendarbeit gilt es, durch gefällige Veranstaltungen und Wanderungen eine Gemeinschaft zu bilden. Dann müssen durch eine systematische Schulungsarbeit die jungen Mitglieder zu Funktionären erzogen werden.

Ich bin mir bewußt, daß in kleineren Orten eine eigene Jugendgruppe sich kaum halten oder gebildet werden kann. Hier ist gemeinsame Arbeit mit den anderen graphischen Verbänden in Erwägung zu ziehen, außerdem muß die Jugendarbeit der Ortsausschüsse tatkräftig unterstützt werden.

Diese wenigen Zeilen sollen dazu beitragen, die Jugendarbeit in unserer Organisation fördern zu helfen und die Jugendkolleginnen und Jugendkollegen zur Mitarbeit anzuspornen. Alfred Heinig (Dresden).



Eine gefährliche Unsitte!

Bestell Nr. 372 - d. Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Verb. d. Dsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W. 9.

Der Mensch von morgen

Menschen, die an dieser Wende der Zeit für den Menschen kämpfen, müssen wissen, um was es bei dieser Befreiung des Menschen geht. Wir sehen den Kampf um den Menschen so oft noch zu unbedeutend an. Wir denken so oft immer noch nur zu sehr an die Existenz als Selbstzweck. Aber der Sinn des Kampfes ist letzten Endes viel größer. Jeder kleinste erkämpfte wirtschaftliche Vorteil ist ein Stück auf dem Wege zu einem großen Ziel. „Die Vorgeschichte der Menschheit geht zu Ende, und die Zeit der Menschheit beginnt.“ So sprach es Marx einmal aus. Dieser Verfaßte, der nur von nüchternem, trockenem Denken erfüllt gewesen sein soll, und der da in Wirklichkeit solch eine großartige menschliche Auffassung vom Sinne seines ökonomischen Denkens gehabt hat.

Und diesen Menschen, um den es geht, müssen wir kennen. Sein Wesen, seine Art. Seine Seele. Sein inneres Suchen und Drängen. Wir müssen wissen, welche Werte da im Menschen heute verschüttet sind. Wieviel Sehnen erstickt. Zu welcher Größe Menschen berufen sind. Zu welcher Herrlichkeit Menschentum einmal zu erwachen bestimmt.

Es ist der unkünstlerische Geist des Kapitalismus, der uns so oft diese Ehrfurcht vor uns selbst genommen hat. Diese Wirtschaftsordnung der Berechnung und der Errechnung und des ewigen Überlegens hat diesen anderen Teil des menschlichen Wesens entstellt, dieses Künstlerische, das in einem jeden ist, und das das eigentliche Wesen des Menschen ausmacht.

Wenn wir heute in den weitesten Teilen der Masse Verfaßte sehen, teilzuhaben an Kunst — durch eigene Organisationen, wenn wir ganz allgemein die Überwindung der Kur-Bewusstheit finden dadurch, daß sich z. B. die Geschichtsschreibung mit künstlerischem Gestalten bindet, wenn die Naturwissenschaft am meisten gelesen und geliebt wird, die der Dichter bringt, so ist uns das eine Auflehnung des Künstlerischen im Menschen gegen die Verknechtung der Menschheit und ein Erwachen des Menschen zum Erleben seiner selbst.

Darum ist das ein wesentliches Stück universaler Bildungsarbeit, den Menschen zum Erlebnis zu bringen, ihn zu rütteln in seiner Seele, und ihn durch starken Eindruck zu erschüttern. „Denn“, so schreibt Max Reinhardt, der Künstler, „das bürgerliche Leben ist eng begrenzt und arm an Erregungen“.

Aus dem Wesen der kapitalistischen Zeit heraus würde es genügen, dem Menschen in einer Bildungsstunde neue Erkenntnisse und Wissen zu geben, doch aus dem Menschen heraus gedacht und erlebt, ist es neben der Kultur des Geistes auch nötig, ein Erlebnis zu schaffen, ein Ahnen werden zu lassen und ein Horchen auf die eigene verschüttete Seele.

Der Mensch hat ja im Alltag so wenig Möglichkeit des eigenen Erlebens. „Im allgemeinen hat er nur einmal in seinem Leben“, so schreibt Reinhardt, „den Rausch der Liebe, einmal die überfühlende Freude der Freiheit; er haßt einmal leidenschaftlich; er begräbt einmal mit tiefem Schmerz ein geliebtes Wesen und stirbt schließlich einmal selbst. Aber es ist zu wenig für die uns innewohnenden Fähigkeiten der Liebe, des Hasses, des Glücks und des Leidens. Wir üben täglich unsere Muskeln und unsere Glieder, damit sie sich kräftigen und nicht verkümmern, aber unsere geistigen Organe bleiben unbeschäftigt, und doch ist es das freie Ausleben dieser Organe, von dem nicht nur unsere geistige Gesundheit, sondern auch die des Körpers abhängt.“

Und damit, so fügen wir hinzu, die Freiheit des Menschen und das Bewußtsein seiner Bedeutung und Kraft. Je mehr wir im Tiefsten unseres Wesens erschüttert werden, um so mehr beginnen wir zu ahnen uns und die Welt. Aus der Welt von morgen müssen wir die Bildungsnotwendigkeiten des Heute betrachten, aus dem Wesen des Menschen, das da morgen seine Freiheit haben soll.

Was mancher nicht weiß

Im Jahre 1842 erhielt der in Münster in Westfalen erscheinende „Westfälische Merkur“ einen scharfen Beweis von der Zensurbehörde, weil er berichtet hatte, daß der König von Preußen des öfteren an Zahnschmerzen leide.

Die erste staatliche Pflichtversicherung gegen die Arbeitslosigkeit wurde im Jahre 1911 in England eingeführt. Augenblicklich haben acht europäische Staaten sowie der Staat Queensland in Australien und neun Schweizer Kantone die Pflichtversicherung. Welche Summen von Staats wegen für sie aufgewendet werden, zeigt die jetzt vorliegende Abrechnung des Jahres 1929. Danach gab England 61,2 Millionen Pfund Sterling für seine Arbeitslosen aus, Österreich 183 Millionen Schilling und Deutschland 1580 Millionen Mark.

Unter Papst Zacharias wurde das Tanzen bei Strafe der Exkommunikation verboten.

Das längste Wort, das von hinten nach vorn gelesen sich gleich bleibt, heißt Reffespeffer. Es wurde angeblich von Schopenhauer entdeckt, der sich unter anderem viel mit solchen Wortspielereien beschäftigte.

Im letzten Wagen

Von Leonhard Frank

III.

Der Zug begann zu rollen. Vor ihm war aus dieser Kurort-Station, der höchstgelegenen des Landes, ein Güterzug mit Stammholz beladen, abgerollt. Am Verladeplatz lag noch Baumrinde zwischen den Schienen; die langen, schmalen Raufhände ließen noch an den nassen Bergwänden.

Im Laufgang stand allein ein alter Korpsstudent, der Staatsanwalt werden wollte — emporgeschwungener, fast schwarzer Schmirnbart auf schmutzschwarzer, bleicher Fläche —, blickte auf die senkrecht emporstehenden, nassen Felswände hinunter in die Tiefe, wo die Dörferchen winzig wie aus einer Spielzeughohle hingekreuzt, blau auf grünem Saum lagen. Dabei zog der Korpsstudent seine Unterlippe vor und ließ sie zurückschnellen, ungefähr in dem Tempo, wie die Telegraphenketten vorbeiräuschten; er litt an Langeweile. Und an Wasserfressen. Deshalb stand er im Laufgang.

Ein Arbeiter, der sich in den Laufgang des Zweite-Klasse-Wagens verirrt hatte, lehnte am Nebenfenster und sah einen grünen Apfel. Er war einer der hundert Entlassenen und fuhr in die Hauptstadt, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden.

„Gelegene Pluren.“
„Über Kohlen, Kohlen fehlen uns“, wiederholte hartnäckig der Kurzwagenreisende.
Und der Geistliche: „So Gott will, werden wir bald auch wieder Kohlen haben.“

„Auf, Gott!“ antwortete der Reisende nicht; er sagte: „Ohne Kohlen keine Produktion. Ohne Produktion kein Export. Und ohne Export keine Schuldentilgung und kein neuer Aufschwung. Das ist klar. Kohle ist alles.“

Die Schwangere hatte die Augen geschlossen. Sie lebte ihre zwei Leben für sich.

Der Spiegel erschien an der Tür, blifte interessiert das Gesicht an. Der Staatsanwalt wintte lächelnd ab.

Im Partierkasten einer feine ganze Jugendzeit hindurch Dampfmotoren; der im Stock über ihm sammelt Schlangen; es gibt welche, die alles sammeln, und welche, die prinzipiell nur das sammeln, was sie auf der Straße finden. Meine Jünglingsleidenschaft nun war das Studium der politischen Prozesse und revolutionären Bewegungen aller Völker und Zeiten. Heute bin ich Staatsanwalt. Mein Leben ist aus einem Guß!

Der Zug, der Verspätung hatte, hielt. Nur eine halbe Minute. Und als er schon wieder langsam anrollte, fiel ein leuchtender Bauer, Senje voran, noch über die Trittbretter herauf, in den letzten Wagen.

„Ich besaß alle einschlägigen Werte, alle! Und studierte sie, las sie und las sie immer wieder, ganz und gar erfüllt von Empörung über die wilde Ungerechtigkeit der Herrschenden, ganz und gar erfüllt von Leidenschaft und dem Entschlusse, ein Mäher der Armen, ein Revolutionär zu werden, wie die Welt noch keinen sah.“

„Das klingt ja, als schützten Sie nicht Ihre, sondern meine Jünglingsleidenschaft.“

„Aber eines Tages erkannte ich, daß ich Revolutionen und Weltzerstörungsworte loszulassen auch nur gelangem hatte.“

„Und dennoch glauben Sie, Ihr Leben sei aus einem Guß?“

Eine Sekunde schwebte der Staatsanwalt. Auf seinem Gesicht fand während dieser langen Sekunde der Schemen eines verlustenen Ich; hand am Ufer des Lebens und konnte nicht in das Leben treten.

Da verzog er das Gesicht, daß es plötzlich einer Gipsmaske glich, die an der Wand hängt und zu lächeln beginnt. „Es erging eben auch mir wie dem Unbändigen, der sich nach dem freien Meer sehnte und vom Leben in ein Magistratsbüro gelehrt wurde. Was wollen Sie, es gibt viele, die als Jünglinge die Welt erlösen wollten. Auch da drüben im Nebenabteil, unter diesen Repräsentanten des Volkes — nicht wahr: Kirche, Wissenschaft, Kapital, Militär, Presse, Korpsstudent — ist vielleicht einer. Und wer weiß, ob nicht vielleicht sogar dieser Spitzel einmal in seinem Leben ... Das Leben ist hart.“

„Aber du machst dir ganz offenbar gar keine Vorstellung davon, was sich eine „Wald- und Arbeitsschule mit Internat für begabte Arbeiterkinder“ — klingt ja ganz schön — für Summen verschlingen würde.“
„Häuser bauen und einrichten! Lebensunterhalt für langhaarige Lehrer und Sandalenfräuleins! Und diese Mengen, die keine begabten Arbeiterkinder verschlingen, wenn der Tag lang und klar und die Luft frisch ist!“
„Schon der Blick, mit dem zunächst die Gattin antwortete, zeigte den Bankier; er kannte diesen Blick, der deutlich sagte, daß ein ruhiges Gewissen diese Summe wert sei.“

„Was sollen deine begabten Arbeiterkinder denn nun eigentlich lernen in der Waldschule? Kürbisse ernten? Kommoden bauen?“

„Alles, weißt du, alles! ... Eine vollkommene Ausbildung der Fähigkeiten des Körpers und der Seele! Je nach der Begabung! ... Natürlich würden wir auch alles selbst anbauen.“

„Natürlich!“
„Gemüse und so.“
„Ja, Gemüse! ... Nichts würde wachsen, glaube mir.“ Und plötzlich ärtlich flüsternd: „Wenn es ein Auge ist, wird ausgebildet.“

„So langsam, daß ein kleiner Hund mühelos hätte mitlaufen können, trotz ein Zug, gefüllt mit neuen Kurgen, auf der steilen Straße bergwärts, vorüber an dem mit kreisenden Bremsen und Gegenbaumfug so langsam talwärts bohrenden Zuge, daß der Agitator sah, wie im Speisewagen die Reisenden Semmel mit Butter bestrichen, weiße Affektstücken zum Tische haben und der Kellner beide Arme breitete und die Schutter zuckte, bedauernd, das Gewünschte nicht servieren zu können.“

„Ja, der Sozialismus ist meine Leidenschaft. Aberhaupt alles, was mit Revolution zusammenhängt! Heute nicht weniger als in meiner Jugend!“

„Weshalb eigentlich dreiten Sie Ihren Zynismus gerade vor mir aus?“ fragte gleichgültigen Tones der Agitator.

Der Staatsanwalt schüttelte den Kopf, als stauere er. „Sie, der Sie ununterbrochen in Sozialismus, Hingabebereitschaft, Wahrhaftigkeit und ähnlichen schönen Dingen herumwuddeln, können es sich offenbar gar nicht vorstellen, wie wohlthuend es für unsereinen ist, auch einmal die Wahrheit zu sagen.“

„Wennfalls unterscheiden Sie sich von den Angehörigen Ihrer Kreise sehr erfreulich dadurch, daß Sie sich Ihrer Gewinnungslumperei bewußt sind.“

„Höflich sind Sie nicht. Und ein Zynist scheinen auch Sie zu sein. Wenigstens habe ich bis jetzt bei Ihnen noch keine moralische Enttäuschung über meine Gewinnungslumperei, aber in manchen Ihrer Worte einen handfesten Zynismus bemerkt.“

„Der Zynismus liegt in der Sache und nicht in den Worten, welche die Sache bezeichnen.“

„Schreibt Marx in seinem trefflichen Werte „Das Elend der Philosophie“, Seite 177, sagte ohne Befinnen der Staatsanwalt und, da der Agitator seine Verwunderung nicht verbarg:

„Wenige Ihrer Genossen dürften das Lebenswert dieses Kriechens so gründlich, so leidenschaftlich studiert haben wie ich. In meiner Jugend, verstehen Sie!“

Der Staatsanwalt hatte etwas von seiner Haltung verloren. Seine Ruhe war weg. Die Stirn rot. Das sah ungesund aus. Der Staatsanwalt schwebte. Wie der Jüngling, der seine Schlangensammlung fortsetzt.

„Gaben die Herrschaften bei der Herausfahrt“, begann im Nebenabteil der Bankier, „den berühmten Biadukt bewundern?“

„Großartige Sache“, sagte sofort der Reisende. „Und das Panorama — prachtvoll!“

„Ja, das Panorama erinnerte mich direkt an die religiösen Bilder der alten Meister.“

Und da der Geistliche, angenehm berührt, freundlich fragend den Bankier anblinzelte:

„In ungefähr einer Stunde werden wir den Biadukt passieren. Sie sollten ihm wirklich Ihre Aufmerksamkeit schenken. ... Stellen Sie sich vor: ein Hochgebirgsalt, gebildet von heroisch aufsteigenden, schneebedeckten, hehren Bergriesen; nach allen Seiten hin bis in weite Fernen; romantisch zerklüftete Gebirgsketten, und in der Mitte dieses gewaltigen, schroffen, ich muß schon sagen: unwirklichen Tales — ein geradezu lieblicher, grüner Hügel in spitzulaufender Kegelform, idyllisch direkt, eben wie auf den alten religiösen Bildern.“

„Wirklich nicht notwendig, glauben Sie mir“, rief lächelnd der Staatsanwalt dem Spiegel zu, der, in der Hand seinen Stenogrammblod, in Hörnähe gestanden und durch einen Knöpf des Zuges plötzlich sichtbar geworden war.

„Genau so ist es! Sie schildern das sehr gut“, sagte der Chefredakteur und nahm aus seinem Koffer eine Flasche Wein und den Korzenstecher, blinzelte fragend den Spiegel an, der jetzt sein Ohr in dieses Abteil streckte.

„Er war nur zu meiner persönlichen Sicherheit mit im Kurort. Aber er kann nicht anders. Einen gewissenhafteren Menschen traf ich im Leben nicht!“ Der Staatsanwalt zog einige Notizblätter aus seiner Aktentasche. Wollen Sie den genauen Wortlaut der Rede lesen, die Sie heute Mittag im Sägemerk gehalten haben? Was er hinzudachte, habe ich eingeklammert. Die Kapitalisten müssen mit Feuer und Schwert, Gift und Dolch ausgerottet werden. Jeder einzelne an die Laterne!“ Das haben Sie doch sicher nicht gesagt.“

„Vielleicht doch! Wer weiß es!“

„Diesen Hügel oder Regel nun haben unsere Ingenieure genäherungsweise als Basis für die Eisenpfeiler des Biadukts benutzt. Das Gleis ist frei durch die Luft über den Abgrund gespannt, in riesiger Höhe hinüber zu der Kegelspitze. Sie werden sehen: wir fahren in einem ganz engen Kreise — in Wirklichkeit ist es eine Spirale — um die kleine, grüne Regelgruppe herum, so daß, da wir im letzten Wagen sitzen und der Zug zufällig sehr lang ist, wie die Lokomotive unser eigenes Jüges! Rumpelherg, wie?“

Der Chefredakteur sagte in einem Tone, als hätte er dasselbe schon geschrieben: „Amerikanische Ingenieure kamen extra herüber zu uns, um dieses Meisterwerk heutiger Bahnbautkunst zu studieren.“ Und drehte dabei den Korzenstecher ein.

„Weshalb denn?“ fragte der Bankier, als seine Frau ihre schweren Brillantringe — zwei von jeder Hand — herunterzog.

„Nimm sie zu dir.“ Sie zeigte das ihm schon bekannte vorweggenommene mitterliche Lächeln. (Fortsetzung folgt.)

Die erste Zeitung der Welt

Es sind in diesem Jahre drei Jahrhunderte vergangen, seit in Paris die erste Zeitung gegründet wurde. Es handelte sich um eine Wochenzeitung, die von einem Arzte, Theophraste Renaudot, ins Leben gerufen wurde.

Renaudot wollte, so lesen wir in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, die vielen Patienten von ihren Schmerzen ablenken. Er wollte sie im Wartezimmer unterhalten und überraschen. Und deshalb schaffte er eine Zeitung, die also zuerst als Mitteilungsblatt für das Wartezimmer gedacht war.

Daraus erkennen wir schon, daß diese erste Zeitung der Welt nicht auf Gewinn eingestellt war, daß sie vielmehr eine ideale Aufgabe zu erfüllen hatte. Und wie der Geist des kleinen Blattes gewesen ist, das läßt uns die Charakteristik vermuten, die uns die genannte wissenschaftliche Zeitschrift von dem Arzte gibt. „Der Arzt und Redakteur“, so heißt es da, war ein Menschenfreund und gewaltigen Ausmaßes. Er wurde der Fürsorger der Landstreicher, der Arbeitslosen und Geheilten von Paris. Kostenlos behandelte er die ganzlich Unbemittelten.“

Doch damit nicht genug. „Der Begründer der Presse war auch gleichzeitig der Vater des modernen Arbeitsamtes“, wie es da heißt. „In seinem Sprechzimmer errichtete er ein Bureau d'adresse, in dem sich seine Freunde, die Arsten von Paris, täglich versammelten. Er erhielt darum auch vom König den Titel eines Generalkommissars der Armen, aus dem sich dieser begabte und sozial fühlende Mensch wohl wenig gemacht haben wird.“

Als Redakteur war er natürlich von dem gleichen Geiste erfüllt. Seine Zeitung kannte nichts Größeres als die Wahrheit. Sein Blatt war eine Zeitung der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit und des sozialen Fortschritts.

Die erste Zeitung war darum eine soziale Zeitung. Aber es war mit dieser Idee der Zeitungsgründung wie mit so vielen großen Ideen, sie wurde nachher zu Profitzwecken ausgebeugt. Sie wurde später eingepaßt in die kapitalistischen Interessen. Und in der großen sozialen Bewegung dieser Zeit erfuhr die Zeitung in ihrer ursprünglichen Art ihre Auferstehung. Hierbei fand die moderne soziale Zeitung zwei Aufgaben, die politische und die wirtschaftliche. Und dieser wirtschaftlich-sozialen Aufgabe, die vor 300 Jahren kaum im Reime vorhanden war, dient heute allein in Deutschland eine Gewerkschaftspresse mit Millionenauflage.

Aus den Zahlstellen

Bielefeld. Mitgliederversammlung am 15. Juli. Daß die hier beginnenden Inventurausverkäufe für die Mehrzahl unserer Kollegen wichtiger sind als unsere Verammlung, bewies der schlechte Besuch. Allen Nichtbesuchern hätte aber die Erkenntnis kommen müssen, daß eventuelle Einkäufe oder Besorgungen sich auch an einem andern Tage erledigen lassen, ein Bericht vom Verbandstag aber nur alle 3 Jahre zu hören ist. Diesen Bericht vom Verbandstag gab der Kollege Spalhoff, der in klarer und leichtverständlicher Form den Verlauf der Tagung schilderte. Kurz freilich er die Berichte der Verbandsleitung, verlas die hierzu gefaßten Entschlüsse und schiederte dann eingehend die Stellungnahme des Verbandstages zur Arbeitszeiterkürzung. Die gefaßten Anträge auf Ausbau der Unterstützungsanstaltungen sind, mit Ausnahme der Invalidentätterstützung, der Ablehnung verfallen, da bei einer Ausnahme eine Erhöhung der Beiträge die unausweichliche Folge gewesen wäre und eine solche wohl kein Delegierter seinen Wählern gegenüber verantworten konnte. Daß man aber auch auf dem Verbandstage der Arbeitslosen gedacht hat, bewies der Beschluß, monach alle vom 22. bis 27. Juni ausgewählten Mitglieder eine Sonderunterstützung von 10 M. erhalten. Die übrigen Ausführungen waren mehr allgemeiner Natur. Die anschließende Aussprache bewegte sich in dem Rahmen, daß wir mit dem Verlauf des Verbandstages wohl zufrieden sein können. Anschließend wurden noch einige örtliche Angelegenheiten vorgetragen. In seinem Schlußwort ergriff Kollege Spalhoff die Anwesenheit, am 9. August beim Volkstesttag über die Auflösung des Preussischen Landtages zu Hause zu bleiben und in diesem Sinne auch unter den Kolleginnen und Kollegen zu wirken.

Braunschweig. In der Versammlung am 22. Juli im „Ulrici“ gab Gauleiter Wilhelm Spatuhl (Hannover) einen ausführlichen Bericht vom diesjährigen Verbandstag in Stuttgart. „Was bringt uns das neue Statut?“ bildete die Grundlage seiner Ausführungen. Der Referent gab einen Überblick über die Arbeiten des Verbandstages, die in 44 Stunden geleistet wurden. In der dem Berichte folgenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß man vom Verbandstage und seinen Verhandlungen mehr Aktivität gemüht hätte. Eine Herabsetzung der Karenzzeit auf 520 Beiträge zum Erwerb der Anwartschaft auf Invalidentätterstützung hatte man gleichfalls erwartet. Erneut wurde darauf hingewiesen, daß die anderen Organisationen übergetreten Mitglieder, die dort schon eine hohe Beitragszahl geleistet haben, gegen unsere Mitglieder benachteiligt seien. Die Herannahende der Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren in den Tarif hat bewirkt, daß eine größere Anzahl älterer Kolleginnen und Kollegen arbeitslos geworden ist. In seinem Schlußwort gab der Referent einige Ausführungen. Ein Lohnruhr durch die Jugendlichen sei kaum erfolgt, da deren Zahl nicht zugenommen hat. Anschließend gab der Referent den Kassenbericht vom ersten und zweiten Quartal. Unter „Verschiedenes“ gab einer der Delegierten einen Sitzungsbericht vom Ortsauschuß des ADGB. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Dresden. Am 8. Juli sprach in einer Mitgliederversammlung, die gut besucht war, Kollege Arndt über: „Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit.“ Er erörterte eingehend die Ursachen der Wirtschaftskrise, die in den Strukturveränderungen, in den Kriegsschäden und in der Depression der ganzen Welt zu suchen sind. Er stellte fest, daß die Produktion in allen Ländern über den Verbrauch hinausgewachsen sei und es daher zur Krise kommen mußte. In Deutschland wurde die Krise dadurch verschärft, daß die Rationalisierung zu einer Zeit erfolgte, wo ein Überfluß an Arbeitskräften vorhanden war und das in Deutschland gebildete Kapital ins Ausland wanderte. Die Forderungen der Unternehmer auf Abbau der Löhne und der Soziallasten wies der Redner als unwirksam zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zurück und betonte, daß bei einer Arbeitslosenzahl von 15 Millionen in allen Ländern eine wesentliche Steigerung des deutschen Exports nicht möglich sei, vor allem nicht auf Kosten niedriger Arbeitslöhne. Die Krankheit der Wirtschaft bedürfe einer Ausheilung von innen heraus. Die Gewerkschaften fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden. Durch die Mechanisierung der Produktion ist die Leistung des einzelnen Arbeiters erheblich höher als früher, so daß dadurch eine Verkürzung der Arbeitszeit gerechtfertigt ist, um das Heer der Arbeitslosen zu verringern. Wenn auch in dieser Situation ein Lohnausgleich nicht zu erzielen sei, so müsse doch mit aller Energie die Forderung der 40-Stunden-Woche verfolgt werden, als eine Aktion zugunsten der Erwerbslosen. Weiter muß alles getan werden, um die Unterfertigung der Erwerbslosen zu sichern. Der Redner schloß mit dem Appell an die Versammlung, eine geschlossene Kampffront zu wahren, alle Kräfte anzuspannen im Kampf gegen das verhängende kapitalistische System, für eine vernunftgemäße, planvolle Wirtschaftsordnung. In der nun einsetzenden Diskussion betonte der oppositionelle Kollege Andrich, etwas anderes vom Referat erwartet zu haben. Nicht die Ausheilung des Kapitalismus, sondern völlige Überwindung desselben müsse die Forderung des Tages sein. Seine sonstige Einstellung zur Gewerkschaftsarbeit überhaupt legte er in einer Entschiedenheit vor, in der er heißt: „Die Versammlung stellt fest, daß die freien Gewerkschaften nichts getan haben, um die Angriffe des kapitalistischen Staates abzuwehren. Mit ihrer Hilfe ist in vielen Industrien der Lohnabbau durchgeführt worden. Es muß Schluß gemacht werden mit der Politik des kleineren Übels.“ Die weitere Aussprache bewegte sich im Sinne des Referenten und gegen die Entschiedenheit. Kollege Germann wendete sich scharf gegen die Behauptung, daß die Gewerkschaft nichts getan habe, um die Lohnabbauabstößen der Unternehmer abzuwehren. Des weiteren zeigte er an praktischen Beispielen die „Erfolge“ der RWD, auf und wies auf die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Spaltungsarbeit für die Arbeiterklasse hin. Er forderte die Mitglieder auf, im Sinne des Referenten zu handeln, alles zu tun, um die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse zu erhalten. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Entschcheidung gegen die Stimme des Antragstellers. Der zweite Punkt der Tagesordnung „Verbandstagsbericht“ mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit abgelehrt werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Täubrich auf die Anfrage „Volkshausbetriebe“ die Erklärung:

Rundschau

Ein Verhörtungsabkommen auch für Steinbrud-
maschinen ist, wie die „Ruchbruderwoche“ meldet, zwischen
dem Verband Deutscher Offset- und Steinbrudereibesitzer E. B.
zu Leipzig und der Vereinigung deutscher Druckmaschinen-
fabriken E. B. zu Würzburg am 17. Juni 1931 abgeschlossen
worden, dessen Bedingungen denen des mit dem D.B.B. ab-
geschlossenen Abkommens angepaßt sind. Dem bisherigen
Besitzer der verhörteten Maschine wird ein vom Schrottwert
abhängiger Betrag vergütet, der vom Verband
Deutscher Offset- und Steinbrudereibesitzer E. B. in bar, von
den am Abkommen beteiligten Lieferfirmen in Form eines
Gutscheins geleistet wird. Dieser von allen am Verfahren
beteiligten Druckmaschinenfabriken unterzeichnete Gutschein
kann von dem bisherigen Besitzer der verhörteten Maschine
bei Anschaffung neuer Offset- und Steinbrudmaschinen in
Zahlung gegeben werden. Ausgeschlossen von Zuschüssen sind
vor dem Jahre 1890 gebaute Maschinen, die Rundgang-
maschinen und Maschinen mit Brüchen an Fundament,
Seitenteilen, Druckzylinder und Karren, auch wenn sie
repariert und geschweißt sind. — In der Regel zählt der
Verband Deutscher Offset- und Steinbrudereibesitzer E. B.
als Zuschuß den einfachen Schrottwert bis zu der vom Aus-
schuß des Verbandes begrenzten Höhe (300 M.) in bar, die
am Verfahren beteiligten Druckmaschinenfabriken das Drei-
fache hiervon in Form von Gutscheinen, die auf Wunsch in
Beträge von mindestens 100 M. geteilt werden. Die drei
Jahre gültigen Gutscheine werden bei allen nach Abschluß
des Abkommens getätigten Verkäufen neuer Offset- und
Steinbrudmaschinen von jeder Firma, die den Gutschein
unterzeichnet hat, bis zu 15 Proz. des Angebotspreises ab
Wert (unter Abrechnung aller sonst gewährten Nachlässe und
Bergünstigungen) in Zahlung genommen und gelten als
Barzahlung. Bei Barzahlung ist der Gesamtwert der in
Zahlung gegebenen Gutscheine im Rahmen ihrer Laufzeit
gleichmäßig auf die einzelnen Karren zu verteilen.

Der Ausbau der russischen Presse. Aus Anlaß des „Tages
der Presse“, der in Moskau stattgefunden hat, bringen die
Sowjetblätter nähere Mitteilungen über den Ausbau des
Zeitungswesens in den letzten Jahren. Die Gesamtauflage
der Sowjetzeitungen, die 1927 7,3 Millionen Exemplare be-
trug, ist 1931 auf 27,5 Millionen angewachsen, hat sich also fast
vervierfacht. Im Einklang mit dem Fünfjahresplan soll jeder
Landesbezirk eine eigene Zeitung erhalten, wodurch die Gesamtauflage
auf 3000 erhöht würde, während bisher nur 1100
erhielten. Sehr zugunommen hat die Zahl der Fabrik- und
Werktätigen, die sich 1928 auf 200 belief, jetzt 1800 beträgt.
Die Sowjetpresse vertritt gegenwärtig über ein Heer von
2,7 Millionen Korrespondenten, die sich aus Arbeitern in
den Fabriken und Bauern auf dem Lande rekrutieren. Die
Staatsunterstützung ist für 1931 mit 180 Millionen Rubel
angelegt.

Literatur

Als Nr. 4 der Sozialdemokratischen Zeit- und Zeitschriften ist
im Verlage J. B. Neumann, Neudamm 10, Berlin SW 19, Nr. 48,
eine Arbeit von Dr. Otto Friedländer mit dem Titel „Der Staat
der deutschen Arbeiterbewegung“ erschienen. 48 Seiten stark, 50 Pf. rd.
„Neu die Arbeiterbewegung“. Von Ernst Hilff, Neumann,
Verlagsabteilung Wilm. Frisch, Berlin N. 113, 48 Seiten, Preis
0,80 Mark.
„Der deutsche Verbands- und seine Arbeiter im Jahre 1930“.
Ebenfalls erschien das „Jahrbuch des Verbandes der Bergbau-
und Hüttenarbeiter Deutschlands“, das einen neuen Einblick in die
Verhältnisse im deutschen Bergbau gewährt. Das Buch ist zu er-
halten vom Verlag J. Neumann & Co., Hochim, Schmiedehäuser
Straße 38-42. Es kostet für Gewerkschaftsmitglieder 2 Mark
(nicht 4,50 Mark).
E. A. N. A. I. Landau, M. d. N., „Die politische
Krise der Gegenwart“. Berlin, J. B. Neumann, G. m. b. H.,
Berlin SW 19, Nr. 48, Preis 2,50 Mark.
Die Zeiten mahnen. Wie wieder Krisen. Von Franz Künster,
M. d. N., Berlin J. B. Neumann, G. m. b. H.,
Berlin SW 19, Nr. 48.

Nach längerer Krankheitsdauer verschied am 18. Juli
unser langjähriger Kollege und Jubilar, der Jwalfide

Max Lösch

im 53. Lebensjahr; am 23. Juli verschied nach mehr als
einjähriger Krankheitsdauer unsere liebe Kollegin, die
Anlegerin

Frieda Rudolph

(D. Spämer)

im Alter von 33 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Am Sonnabend, dem 18. Juli verschied nach längerem
Leiden unsere langjährige Kollegin, Frau

Dorothea Kartoffa

geb. Plog

in Firma Weig, Pinneberg, im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Kollegenchaft der Zahlstelle Pinneberg.

Unserm lieben Kollegen Wilhelm Hildebrandt (bei der
Firma Westermann) zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum
die besten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Unsern lieben Kollegin Bertha Schmäuer und Gemahl
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung; Ebenso un-
serer lieben Kollegin Elisabeth Viebigot und Gemahl nach-
träglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Rassel.

Für die Woche vom 26. Juli bis 1. August ist die Beitrags-
marke in das 31. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mit-
gliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte, Charlottenburg,
Weichselstraße 5, Fernruf: Amt Westend 1928. — Verlags-
redaktion: Charlottenburg, Weichselstraße 5, Fernruf: Amt
Westend 1928. — Druck: Buchdruck-
werkstatt GmbH, Berlin SW 61, Dreifachstraße 5.

Gera. Wie in allen größeren Orten Thüringens, so fand
auch in Gera am Sonnabend, dem 4. Juli, eine Verjam-
mung der graphischen Arbeiterchaft statt, die sich mit dem
erfolgreichen Lohnabbau, der in Kraft getretenen Notverord-
nung und den sonstigen Nöten der Arbeiterchaft be-
schäftigte. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vor-
sitzenden des Graphischen Kartells, Kollegen K a n t e, unter
Hinweis auf die so notwendige Aufklärung, erteilte er dann
dem Referenten des Abends, dem Kollegen Josef W a n n-
b a c h e r, Erfurt, Gauleiter der Hilfsarbeiterchaft Thür-
ringens, das Wort. In überzeugender klarer und sachlicher
Weise vertrat der Redner, die Aufweisen den Ernst der
Lage erkennen zu lassen, und daß nur durch Einigkeit und Ge-
schlossenheit der Arbeiterchaft in allen Gebieten sich
eine Abwehr ermöglichen lasse. Reicher Beifall am Schluß
seiner Ausführungen und die Aussprache darüber ergaben
volles Einverständnis mit dem Referenten. Eine einge-
brachte Entschließung wurde von den Versammelten einstimmig
angenommen. Sie lautet: „Mittelschlechte Rationa-
lisierung verbunden mit Lohnabbau haben die Arbeitslosig-
keit in unerhörtem Maße verschärft und die Kaufkraft
der arbeitenden Bevölkerung geschwächt. Die Notverord-
nung legt den Ärmsten der Armen unerträgliche Opfer auf
und führt die knappen Bezüge der Arbeitslosen, der Kriegs-
opfer und Rentenerreicher. Trotzdem erstreben die Unter-
nehmer einen weiteren Lohnabbau und Lockerung der Tarif-
und Sozialgesetzgebung. Die graphische Arbeiterchaft von
Gera verlangt demgegenüber Aufhebung der Notverordnung
und sofortige Erlassung der bestehenden Kreise in den Kosten
des Staates, Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten
Volksmassen und Einführung der 40-Stunden-Woche mit
Einstellungswang und gerechtem Lohnausgleich, um Ar-
beitslose in den Produktionsprozess wieder einzuführen.
Allen Bestrebungen auf weiteren Lohnabbau und Ver-
schlechterung der Tarif- und Sozialgesetzgebung sagt die
graphische Arbeiterchaft von Gera in Gemeinschaft mit der
übrigen Arbeiterchaft schärfsten Kampf an, bei dem sie auch
von dem äußersten Mittel im Notfall Gebrauch machen
wird.“ Mit Dankesworten und mit der Aufforderung an die
Erschienenen und den Referenten, im Sinne der Entschlie-
ßung in allen Fällen zu handeln, schloß dann der Vorsitzende
die Verjammlung.

Karlsruhe. Die Mitgliederversammlung am 10. Juli
stand unter dem Eindruck des benetzten 10. ordentlichen
Verbandstages in Stuttgart. Bevor Kollege Stridde über
den Verlauf berichtete, gab er einen Überblick über den von
den Gewerkschaften, Sports- und Sängerkartell veranstalteten
„Tag der Arbeit“. Auch unsere Zahlstelle war im Festzug
mit einem Festwagen, auf welchem in größerem Ausmaße
unser Verbandsymbol herorrangte, vertreten. Der gewaltige
und disziplinäre Aufmarsch hat den Züngern vom dritten
Reich und dem übrigen Bürgertum gezeigt, daß die organi-
sierte Arbeiterchaft auf dem Demme und mit ihr zu rechnen
ist. In der Berichtserstattung über den Verlauf des Ver-
bandstages lieferte Kollege Stridde Ergänzungen zu den
Berichten in der „Solidarität“. Die Frage: Hat der Ver-
bandstag die Erwartungen, die man auf ihn setzte, erfüllt?,
muß man nach sachlicher Betrachtung der gestellten Aufgaben
bejahen. Nach dem Reiserat des zweiten Verbandsvor-
sitzenden, Kollegen Sornte, war sich jeder Delegierte darüber klar,
daß der eingeschlagene Weg des Verbandsvorstandes der
einzige richtige war, um den Verband vor Schaden zu be-
wahren. Die Unterstützungseinrichtungen wurden keiner
Änderung unterzogen. Der Antrag unserer Zahlstelle zu die-
sem Punkte war damit auch abgelehnt, obwohl er im Ver-
hältnis zu den übrigen Anträgen sehr bescheiden war. Da-
gegen hat die Invalidentafel eine Änderung zugunsten der
Mitglieder erfordern, und zwar durch Einführung einer
weiteren Beitrags- und Unterstüfungsstufe nach oben.
Obwohl unsere Klassenverhältnisse sich in geordneten Bahnen
bewegen, wäre eine Erhöhung oder Verlängerung der Unter-
stüfungssätze auf die Dauer nicht tragbar gewesen, ohne die
Finanzen des Kampfbundes zu schwächen. Als erfreulich zu
erwähnen ist der Beschluß, den ausgereinigten arbeitslosen
Mitgliedern eine einmalige Sonderbeihilfe zu gewähren.
Nach dem Bericht des Vorsitzenden der letzten Ausschüsse
wurde ein. Die Arbeit der Statutenkommission wurde be-
sonders scharf kritisiert. Es hätte laut Klassenbericht mehr ge-
sehen müssen, hauptsächlich die zur Erlangung von In-
validentenerstützung erforderlichen Beitragsätze hätten einer
Herabsetzung bedurft. Es ist zu bedauern, daß die Mitglieder,
die zehn und zwölf Jahre Beiträge geleistet haben und In-
valide werden, nicht mehr in den Genuß der Invalidentafel
gelangen können. In seinem Schlusswort erwiderte Kollege
Stridde, daß die Ausführungen zum Teil schon richtig wären,
aber es muß doch berücksichtigt werden, daß diese Einrichtung
noch jung ist und in kommenden Jahren erst zur Auswirkung
kommt. Es muß hier eine kluge Voraussicht am Platze sein,
um die Existenz dieser Einrichtung nicht zu gefährden. Dann
wollen wir auch nicht vergessen, daß wir kein Unterstüfungs-
verein sein wollen, sondern eine Kampforganisation, und die
Idee der Kampfgenossenschaft muß immer wieder in die
Reihen der Mitglieder getragen werden.

Köln. Unsere gut besetzte Verjammlung am 10. Juli
nahm den Bericht vom 10. ordentlichen Verbandstag ent-
gegen. Unser Beiratsmitglied Kollege Juten gab zunächst
ein Gesamtstimmungsbild vom Stuttgarter Verbandstage
und beleuchtete insbesondere die Stellungnahme der Dele-
gierten über die Verhandlungen im Reichsarbeitsminis-
terium zwecks Einführung der 40stündigen Arbeitswoche.
Kollege Kiel behandelte die wichtigsten Beschlüsse des Ver-
bandstages, insbesondere das Ergebnis der Statuten-
beratung, die Sonderunterstützung für die Arbeitslosen und
die Erweiterung der Invalidentenerstützung. Trotz des
rechten Beifalles der Verjammlung lösten die Berichte eine
lebhafte Aussprache aus. Annähernd 20 Redner bzw. Frage-
steller kamen zu Wort, die sich fast ausschließlich mit der Ein-
führung der 40stündigen Arbeitswoche beschäftigten. Starke
Bedenken wurden ins Feld geführt, weil das Unterneh-
meramt schon heute vorbaue und die Einstellung von Arbeits-
losen hintertreibe. Ohne zwingende Bindungen würde den
Arbeitslosen nicht geholfen, den noch in Beschäftigung
Stehenden aber unerträgliche Opfer auferlegt. Dagegen müßte
mit aller Schärfe Front gemacht werden. Der Verjam-
mungsleiter griff mehrfach in die Aussprache aufklärend ein,
weil sich herausstellte, daß die Auffassung jeweils nur vom
Standpunkt der Beschäftigung im Zeitungsbertrieb oder der
Abzindruderei oder vom Gesichtspunkte des Arbeitslosen
aus zum Ausdruck gebracht wurde. In ihren Schlussworten
härten die Berichterstatter aufgestaute Meinungsver-
schiedenheiten auf, gaben Auskunft über gestellte Anfragen
und forderten die Kollegenchaft zu tatkräftiger Mitarbeit
und Kräftigung der Organisation auf. Nach dreistündiger
Dauer wurde die angeregte verlaufene Verjammlung mit
einem erneuten Treuebekenntnis zu unserer gestiftet da-

stehenden Organisation geschlossen. Gemäß Beschluß der Ver-
jammlung wird in diesem Sommer von kollegialen Ver-
anstaltungen Abstand genommen, statt besetzt am Son-
ntag, dem 12. Juli, eine gemeinsame Besichtigung des Köhler
zoologischen Gartens statt. Durch Vereinbarung wurde der
Eintritt zu halben Preisen und anderen Bergünstigungen
ermöglicht. Die Beteiligung war gut. Alle Teilnehmer sind
auf ihre Kosten gekommen und konnten ihren zoologischen
Gesichtskreis unter manchen scharfsten Erkenntnissen er-
weitern.

Kottbus. Klein nur ist unsere Zahlstelle, aber trotzdem
ein sehr stabiles Rad im Uhrwerk unseres Verbandes. Das
damit nicht zuviel behauptet ist, beweist der letzte Jahres-
bericht unseres Verbandes. Danach zahlte Kottbus von den
20 Zahlstellen unseres Gaus die höchsten Durchschnittsbei-
träge. Und wie der Beitrag, so die Mitgliedschaft. Gut be-
suchte Verjammlungen sind die Regel. Leider trifft das auf
die letzte Verjammlung, die am 10. Juli stattfand und die
interessant und lehrreich wie selten eine verlief, nicht zu.
Der Bericht vom Ortskartell konnte nicht gegeben werden,
da seit längerer Zeit keine Sitzung des Kartells stattgefun-
den hat. Erfreulich war der Klassenbericht, der trotz der Not-
zeit von einer Zunahme der Ortsliste und von einem sta-
bilsten Mitgliederbestand Kenntnis gab. Dem Kassierer, Kol-
lege Bulko, dankte der Vorsitzende im Namen der Mitglieder
für seine unermüdete Leitung. Seltene Einmütigkeit
ergab der nächste Punkt der Tagesordnung: Innere Ange-
legenheiten und Berichtigungen. Jeder gab sein Bestes an
Anregungen, Rat- und Vorschlägen zum Ausbau unserer
Zahlstelle bzw. des Gaus und zur Hebung des Verjam-
mungsbesuches. Wie notwendig ein regelmäßiger Verjam-
mungsbesuch ist und wie sich jedes Mitglied, besonders ein
erwerbsloser, durch Fernbleiben schädigt, dafür zwei Bei-
spiele: Durch Beschluß in der letzten Verjammlung war für
alle arbeitslosen Mitglieder eine Beihilfe von 3 M. zum
Fünftel vorgesehen. Nur an zwei Kollegen konnte diese
Beihilfe ausgezahlt werden, da nur diese beiden regelmäßige
Verjammlungsbesuche waren und sich auch regelmäßig beim
Kassierer zur Kontrolle meldeten. Genau so war es mit der
vom Verbandstag beschlossenen Sonderbeihilfe von 10 M.
an ausgereinigte Mitglieder, die ebenfalls nur an diese zwei
Kollegen ausgezahlt werden konnte. Alle anderen aus-
gereinigten hatten durch ihr Fernbleiben von den Verjam-
mlungen keine Kenntnis von diesen gerade für sie wichtigen
Beschlüssen und konnten auch nicht anderweitig davon be-
nachrichtigt werden. Auf eine Anregung hin sollen die
Adressen sämtlicher Mitglieder beforst und zur nächsten
Verjammlung mit einem Hinweis auf die Selbstständig-
keit durch das Fernbleiben brieflich eingeladen werden. Nachdem
noch Kollege Bulko einstimmig zur Gauleitung delegiert
wurde und ein Antrag an den Gauort befürwortet, Einführung
einer Gauferbestelle ohne Mehrbelastung der Mitglieder
angenommen wurde, schloß der Vorsitzende die Verjammlung.

Künzberg-Fürth. Die berechtigete Erregung der Arbeiter-
chaft über die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der
letzten Zeit, die von den Rechts- und Linksradikalen für
ihre Zwecke ausgenutzt werden, ergab für das Graphische
Kartell die Notwendigkeit, Aufklärung aus bescheidenen
Mitteln zu verschaffen. In einer allgemeinen Verjammlung
am 18. Juli führte nach den einleitenden Worten des Kol-
legen Schatt vom Verband der Lithographen und Stein-
bruder die als Referent erschienene Reichstagsabgeordnete
Genossin Toni Hülf angedeutet, insgesamt aus: 75 Proz. des
deutschen Volkes haben proletarische Interessen, und trotz
aller ersten Mahnungen in Wort und Schrift kam bei den
Septemberwahlen ein Reichstag zustande, der 107 Nazileute
zählt, Vertreter einer Partei, deren Gesetze her-
vorragende Großkapitalisten sind, wie der Fall Papulen
uns zeigt. Die große Reaktion wird verkörpert durch
die Deutschnationale Volkspartei. Auch die Deutsche
Volkspartei hat eine Schwentung nach rechts gemacht.
Ebenso hat sich das geistige und politische Bild des
Zentrums geändert, der Rad nach rechts ist hier sehr fühlbar
geworden. Je mehr diese Kreise von Sozialismus und
Marxismus reden, desto weniger verstehen sie davon. Die
vielen politischen Parteien sind an Ungläub, in Wirklichkeit
sind es doch nur zwei Klassen: Arbeiterchaft und Bürgertum.
Die politischen Auseinandersetzungen sind in Wirklich-
keit Kämpfe um wirtschaftliche Fragen. Bestimmte Gruppen
in der Politik und Wirtschaft wollten die Katastrophe
heraufbeschwören, man denke nur an die Hugenbergsprelle.
Durch die Überpannung der Krise wollte man den Abbau
der Löhne und der Sozialversicherung erreichen, die angeht
die Wirtschaft zugrunde richten. Der Zweck der zweiten
Notverordnung war die Ordnung der Reichsfinanzen, von
denen ein Betrag von 900 Millionen ungedeckt war. Wir
haben uns die Deckung anders vorgestellt. Nur bei den Ar-
beitern und Kriegesbeschäftigten fand man den Mut zum
Abbau. Es ist dies so ähnllich, als wenn die Treppe von
unten nach oben gefehrt wird. Die Stellung der Kommu-
nisten zur Arbeitslosenversicherung wird gekennzeichnet
durch den Ausspruch, wonach die Sozialversicherung das
Opium für die revolutionären Energien der Arbeiterchaft
darstelle. Wir hatten auch in der Vorkriegszeit Wirtschafts-
krisen durchzumachen, doch waren sie nicht von diesem Um-
fange und von einer so langen Dauer. Damals gab es noch
keine staatliche Hilfe für die Arbeitslosen, sondern nur die
gewerkschaftliche Unterstützung. Eine Reservearmee von
Arbeitslosen drückte in Zeiten der Tariflosigkeit den Lohn
bis auf das Existenzminimum. Es ist nicht der Sozialismus
der Zukunft, mit dem wir uns jetzt zu befassen haben, sondern
die Augenblicksorgen um Frauen und Kinder haben wir zu
linbern. Ohne Geld gibt es keine Rettung, und mit dem Hin-
weis auf „alles zusammenhängen“ ist den Hungernden und
Frierenden nicht geholfen. Es ist nicht nur der Zusammen-
bruch des Volksgenuss mit einem Verlust von 240 Mil-
lionen Mark, der uns den Ernst der Lage bewußt macht.
Nicht die Republik, sondern die nationalen Parteien sind
schuld, daß es so weit kam. Das wird auch in dem Aufruf der
Sozialdemokratischen Partei stark betont. Man hat zu lange
Zeit ruhig und latenten zugehört, wie deutsches Kapital in
das Ausland verflohen wurde. Jeder muß jetzt dafür sorgen,
daß die Stärke der freien Gewerkschaften und der Sozial-
demokratie Deutschland erhalten bleibt. Mit einem Aufruf
zum Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Or-
ganisationen schloß Genossin Hülf ihre mit starkem Beifall
aufgenommene Ausführungen. In seinem Schlusswort
mahnte der Vorsitzende, den Gemeinschaftsgeist, wie er in
den graphischen Verbänden besteht, nicht erschüttern zu
lassen. Er warnte vor den Bestrebungen zur Zerstückelung der
Gewerkschaften und vor der Berelendungstheorie, die bei den
Erwerbslosendemonstrationen die Massen vor die Front der
Soldateska treibt.